

March 18, 1991

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with
Israel's Foreign Minister Levy on Thursday, 14
March 1991, 13.15 until 14.15 hours**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with Israel's Foreign Minister Levy on Thursday, 14 March 1991, 13.15 until 14.15 hours", March 18, 1991, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59744, 161-167. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger.

<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/300117>

Summary:

Kohl and Levy discuss the situation in Iraq, the Palestine question and Israel's request for financial assistance from the Federal Republic of Germany.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan

Transcript - German

Translation - English

Abteilungsleiter 2

Bonn, den 18. März 1991

156
161Vermerk

über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem israelischen
Außenminister Levy am Donnerstag, dem 14. März 1991, 13.15 bis 14.15 Uhr

Dr. H. G. L. 1

K. v. 213

214/3
- H. v. ...
- Be. ...

taa

Der Bundeskanzler heißt Außenminister Levy herzlich willkommen.

Außenminister Levy bedankt sich für die Möglichkeit des Gesprächs. Er bringt ferner den Dank seiner Regierung und des israelischen Volkes dafür zum Ausdruck, daß sich Deutschland in schweren Stunden so nachdrücklich an die Seite Israels gestellt habe. Das sei ein Lichtblick in schwieriger Zeit gewesen. Israel habe sich in einer paradoxen Lage befunden. Auf der einen Seite seien Raketen auf Israel abgefeuert worden, auf der anderen Seite habe man sich dafür entschieden nicht zu reagieren, weil dies schlimme Folgen hätte haben können. Israel habe sich in einer Weise verhalten, wie es sonst nicht üblich sei. Die israelischen Soldaten seien nicht ins Feld geschickt worden, sondern hätten mit Gasmasken im Zimmer gehockt. Man habe sich aber so verhalten müssen, um nicht in die Falle von Saddam Hussein zu gehen. Das israelische Verhalten habe dazu beigetragen, daß der Irak besiegt wurde. Hätte man dies nicht getan, sähe die Welt heute anders aus. Israel habe auch zeigen wollen, daß es sich nicht um einen Kampf gegen die arabische Welt, sondern gegen Saddam Hussein gehandelt habe.

Es gebe derzeit immer noch Gefahren. Keiner wisse, wie die Dinge sich im Irak entwickeln würden. Er hoffe, daß die Koalition weiterhin fest stehe. Von Außenminister Baker habe er gehört, daß jetzt im Sicherheitsrat überlegt werde, was mit den Raketen und den C-Waffen (des Irak) geschehen solle. Zur Zeit gebe es im Südirak noch Soldaten der Koalition, im Westen gebe es andererseits noch Raketenstellungen, von denen auch C-Waffen abgeschossen werden könnten. Er hoffe trotzdem, daß dieser Alptraum jetzt zu Ende gehe.

...

- 2 -

157
162

Jetzt sei viel die Rede von einer Koalition zwischen den sechs Staaten des Golf-Kooperationsrates sowie Ägypten und Syrien. Man dürfe aber nicht vergessen, daß die syrische Baath-Partei eine Schwesterpartei der Baath-Partei im Irak sei. Es dürfe also nicht dahin kommen, daß daraus eine Koalition Acht gegen Israel werde, sondern daß hieraus ein neues Verhältnis Acht plus Eins entstehe.

Israel habe große Sorge vor weiterem Wettrüsten. Dann werde die Hölle erneut ausbrechen. In diesen Tagen habe Syrien verbesserte SCUD-Raketen von Nordkorea erhalten. Auch der ideologische Traum Syriens habe sich nicht geändert. Er hoffe, daß jetzt die historische Chance für den Frieden genutzt werde. AM Baker habe gesagt, daß er den Eindruck gewonnen habe, daß auch in den arabischen Staaten eine positive Entwicklung in diese Richtung in Gang gekommen sei. Hieran müsse weiter hart gearbeitet werden. Wenn die Araber allerdings auf einer Ablehnung Israels bestünden, werde man in eine Sackgasse geraten.

Israel sei deshalb für ein zweigleisiges Vorgehen:

- Für Gespräche zwischen Israel und den arabischen Staaten und
- für Gespräche zwischen Israel und den Palästinensern.

Die Regierung habe daher ihre Friedensinitiative von 1989 erneut bekräftigt. Es sei klar, daß die PLO ein Hindernis für den Frieden sei. Arafat habe sich für den Terror und Saddam Hussein entschieden. Sogar die Araber erklärten jetzt, Arafat könne kein Partner bei dieser Entwicklung sein. Dies sei beispielsweise in den Erklärungen sowohl Saudi-Arabiens, Ägyptens als auch der Golfstaaten deutlich geworden.

Israel hoffe, daß die Einwohner von Judäa und Samaria ihre Vertreter wählen würden. Dann könne man mit diesen verhandeln. Diese Gelegenheit dürfe man jetzt nicht versäumen.

Dies sei die Lage aus seiner Sicht und er würde sich freuen, wenn man weiter in Kontakt bleibe.

...

- 3 -

158

163

Der Bundeskanzler erklärt, er habe großen Respekt für die Haltung die Israel angesichts der schweren Herausforderungen der jüngsten Zeit an den Tag gelegt habe. Ohne diese Haltung wäre die Allianz nicht zusammengeblieben.

Die deutsche Position sei immer klar gewesen: Wir hätten an der Seite der Allianz gestanden. Dabei müsse man wissen, daß es hier erhebliche innenpolitische Verwerfungen gegeben habe. Der jetzige Zustand sei inakzeptabel, wonach wir als VN-Mitglied zwar die damit verbundenen Rechte, aber nicht die Pflichten wahrnehmen würden. Dies sei unseres Landes nicht würdig. Die Bundesregierung strebe daher eine Verfassungsänderung an - wobei man allerdings wissen müsse, daß die Verfassung in diesem Punkt seinerzeit durch die Alliierten beeinflußt worden sei. Wir wollten aber eine Änderung, weil wir ein volles Mitglied der Vereinten Nationen sein wollten, obschon mit einer Änderung innenpolitische Probleme verbunden seien.

Außenminister Levy wirft ein, er habe gestern den Bundeskanzler im Fernsehen erlebt und festgestellt, daß er sehr stark sei.

Der Bundeskanzler erklärt, in der Koalition gegen Saddam Hussein habe es auch Alliierte gegeben, die keine wirklichen Alliierten seien. Man hätte sich auch leicht eine andere Entwicklung vorstellen können.

Mit der Niederlage des Iraks sei ein Problem gelöst, andere Probleme seien überhaupt nicht gelöst. Es sei gut, daß das verbrecherische Regime Saddam Husseins jetzt geschlagen wurde, wobei er hoffe, daß Saddam Hussein auch wirklich verschwinde. Über diesen Punkt habe er heute mit Staatspräsident Mitterrand gesprochen. Es sei wichtig, daß deutlich werde, daß dies ein Krieg gegen das Regime Saddam Husseins und nicht gegen das irakische Volk gewesen sei. Es sei bedrückend, daß es in dieser Region, in der die drei Weltreligionen Judentum, Islam und Christentum ihren Ursprung hätten, keinen Frieden gebe. Er hoffe, daß Präsident Bush und Außenminister Baker mit ihrer Auffassung recht hätten, daß die Stunde günstig sei. Er werde seinerseits Präsident Bush ermutigen, jetzt zu handeln. Denn wenn die jetzige Chance verpaßt werde und keine dauerhafte Friedensordnung geschaffen würde, seien die Folgen unabsehbar.

...

- 4 -

159
164

Ohne eine verlässliche Sicherheitsordnung für die Region werde es auf Dauer auch keinen wirtschaftlichen Aufschwung geben und der soziale Sprengstoff in der Region werde explodieren. In der modernen Welt der Kommunikation könne Reichtum und Armut nicht so dicht nebeneinander koexistieren.

Saddam Hussein habe versucht, dies für sich zu nutzen. Er habe praktisch versucht, drei "Bomben" zu zünden: Die fundamentalistische, die anti-jüdische und die soziale.

Der soziale Sprengstoff sei nach wie vor vorhanden. Man brauche hierbei nur an Saudi-Arabien und Kuwait zu denken.

Er hoffe, wie gesagt, daß es jetzt gelinge, eine dauerhafte Friedensordnung zu errichten. Hierfür seien zwei Dinge existentiell

- das Lebensrecht Israels und
- die Lösung der Palästinenserfrage.

Daneben gebe es natürlich auch noch die Libanon-Frage. Er hoffe, daß man die Chance wahrnehme, um sich mit den gemäßigten arabischen Regierungen zu einigen. Man wisse nie, was danach komme. Seines Erachtens sei es jetzt kurz vor Zwölf.

Außenminister Levy erklärt, er stimme dem Bundeskanzler zu, denn wenn ein neues Wettrüsten einsetze, würden sich die Dinge nicht ändern. Er hoffe in der Tat, daß man in Richtung Frieden gehe. Kriege könne man verhindern, aber den Frieden nicht.

Der Bundeskanzler wirft ein, hoffentlich sei dies so.

Außenminister Levy erklärt, er wolle noch ein anderes Thema aufgreifen. Israel stehe vor der großen Aufgabe, die Einwanderungswelle aus der Sowjetunion verkraften zu müssen. Man müsse für die Zuwanderer Häuser und Schulen bauen sowie Arbeitsplätze schaffen. Die Bundesrepublik habe ähnliche Probleme nach der Vereinigung zu bewältigen. Wichtig sei, daß diese Menschen eine Zukunft hätten. Israel sei gezwungen, erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um die erforderlichen Mittel aufzutreiben. Gleichzeitig sei Israel aber in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Lage.

...

- 5 -

160

165

Schon in den 50er Jahren habe man ähnliche Probleme gehabt, wenn auch nicht im gleichen Umfang. Damals habe Deutschland Israel zur Seite gestanden und man habe mit deutscher Hilfe vieles schaffen können. Es sei dank deutscher Unterstützung gelungen, aus Israel die einzige Demokratie der Region zu machen. Er hoffe daher auch jetzt auf Hilfe aus Deutschland. Der anwesende Staatssekretär der Finanzen, Herr Singer, könne hierzu nähere Ausführungen machen.

Staatssekretär Singer erklärt daraufhin folgendes:

- Innerhalb von vier Jahren müßten ca. eine Million Menschen in Israel eingegliedert werden; das bedeute einen Zuwachs der Bevölkerung um 25 %. Es erfordere zugleich die Schaffung von 400.000 bis 500.000 neuen Arbeitsplätzen (33 % mehr als bisher).
- Israel benötige hierfür einen Import von Kapital in großem Umfang.
- Gleichzeitig müsse man erhöhte Anstrengungen bei den israelischen Ausfuhren machen; diese müßten zweimal so stark wachsen wie der Durchschnitt der Ausfuhren der übrigen Länder.
- Auch wenn dies gelinge, bliebe noch ein erhebliches Zahlungsbilanzdefizit, das man teilweise durch "traditionelle Quellen" decken wolle.
- Selbst wenn dies alles gelinge, bliebe aber immer noch ein Defizit in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar, für das keine Deckung bestehe.
- In den 50er und 60er Jahren habe Israel von Deutschland eine erhebliche finanzielle Unterstützung erhalten, die dazu beitrug, daß die damaligen Einwanderer eingliedert werden konnten.
- Israel gebe mehr an Entschädigung für israelische Invaliden, die zugleich NS-Verfolgte waren, als ursprünglich vorgesehen gewesen sei.
- Man hoffe, daß Deutschland wie in der Vergangenheit Israel bei der Überwindung seiner Zahlungsprobleme unterstütze.

...

- 6 -

167
166

- Israel benötige ein Hilfspaket in Höhe von 10 Milliarden DM innerhalb von fünf Jahren, das bedeute zwei Milliarden DM pro Jahr, davon solle die Hälfte direkt, die andere Hälfte als verbilligter Kredit gewährt werden.
- Israel bitte jetzt um eine grundsätzliche Entscheidung der Bundesregierung, die dann anschließend von Finanzexperten in den Einzelheiten ausgearbeitet werden könne.

Der Bundeskanzler stellt hierzu folgendes fest:

- Zunächst bitte er darum, diese Frage nicht mit den Wiedergutmachungsleistungen in Verbindung zu bringen (bisher 86 Milliarden DM).
- Wir seien ein beachtliches finanzielles Engagement gegenüber Mittel-, Ost- und Südosteuropa, insbesondere auch gegenüber der Sowjetunion eingegangen, was positive politische Folgen auch im Nahen Osten gehabt habe.
- Wir müßten darauf achten, daß kein Präzedenzfall entstehe; Hinweis auf arabische Begehrlichkeiten im Anschluß an die deutschen Hilfsleistungen im Zusammenhang mit dem Golfkrieg (Gesamtsumme der Zusagen von 1,494 Milliarden DM).
- Wir seien bereit zu überlegen, wie wir helfen könnten, wobei wir uns bewußt auf die Zukunft orientieren sollten.
- Die von israelischer Seite erwähnte Summe habe eine gewaltige Dimension, die so nicht realistisch sei.
- Gespräch solle in etwa vier Wochen auf Ebene der Finanzfachleute fortgesetzt werden; entsprechender Termin solle über Botschafter Navon vereinbart werden.

Der Bundeskanzler weist in diesem Zusammenhang ferner darauf hin, daß es für Israel wichtig sein werde, seine Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft zu entwickeln. Dies sei auch deswegen klug, weil die EG immer mehr zusammenwachse. Der Bundeskanzler erwähnt die beiden Regierungskonferenzen über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungs-

...

- 7 -

162

167

union. Gleichzeitig sei es auch für Europa gut, eng mit Israel zusammenzuarbeiten. Deutschland sei zwar nicht der "Nabel der Welt" aber innerhalb der Gemeinschaft das größte Land. Man brauche also eine gemeinsame Zukunftsperspektive. Im übrigen sei er zuversichtlich. Israel habe zwar im Augenblick große Probleme, aber in zehn Jahre werde Israel anders aussehen.

Außenminister Levy erklärt abschließend, er wolle noch zwei Dinge klar sagen:

- Deutschland habe entscheidend geholfen, die Grundlagen dessen zu schaffen, was heute Israel sei.
- Jetzt gehe es darum, das Dach zu sichern, damit das Gebäude erhalten bleibe.

Der Bundeskanzler erklärt, ihm sei die Lage klar. Wir hätten seit Jahren einen großen Zustrom von Deutschen aus der Sowjetunion. Dort lebten fast zwei Millionen Deutsche, die mit großer Skepsis die Entwicklung in der Sowjetunion verfolgten und die nach wie vor hofften, daß sich die Dinge ändern würden. Wenn sie sich aber nicht änderten, müsse man die Frage stellen, was dann werde.

Außenminister Levy erklärt, er wolle noch ein Wort zu den sowjetischen Juden sagen, die nach Deutschland kämen und sich als Flüchtlinge bezeichneten. Es gäbe keine echte Flüchtlingsfrage, denn es gebe ja heute Israel.

Der Bundeskanzler erklärt, man sei sich in der Sache einig. Er habe zwar nichts dagegen, wenn bei uns die jüdischen Gemeinden wieder entstehen würden - was auch für die kulturelle Entwicklung in Deutschland gut sei - aber natürlich habe es keinen Sinn, künstlich Gemeinden aufzubauen.

Botschafter Navon wirft ein, man habe auch bei dem Bundesminister des Innern in dieser Frage sehr viel Verständnis gefunden.

(Dr. Hartmann) *im Original geteilt* D. 18/3

Abteilungsleiter 2

Bonn, den 18. März 1991

V e r m e r k

über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem israelischen Außenminister Levy am Donnerstag, dem 14. März 1991, 13.15 bis 14.15 Uhr^[1]

Der Bundeskanzler heißt Außenminister Levy herzlich willkommen.

Außenminister Levy bedankt sich für die Möglichkeit des Gesprächs. Er bringt ferner den Dank seiner Regierung und des israelischen Volkes dafür zum Ausdruck, daß sich Deutschland in schweren Stunden so nachdrücklich an die Seite Israels gestellt habe. Das sei ein Lichtblick in schwieriger Zeit gewesen. Israel habe sich in einer paradoxen Lage befunden. Auf der einen Seite seien Raketen auf Israel abgefeuert worden, auf der anderen Seite habe man sich dafür entschieden nicht zu reagieren, weil dies schlimme Folgen hätte haben können. Israel habe sich in einer Weise verhalten, wie es sonst nicht üblich sei. Die israelischen Soldaten seien nicht ins Feld geschickt worden, sondern hätten mit Gasmasken im Zimmer gehockt. Man habe sich aber so verhalten müssen, um nicht in die Falle von Saddam Hussein zu gehen. Das israelische Verhalten habe dazu beigetragen, daß der Irak besiegt wurde. Hätte man dies nicht getan, sähe die Welt heute anders aus. Israel habe auch zeigen wollen, daß es sich nicht um einen Kampf gegen die arabische Welt, sondern gegen Saddam Hussein gehandelt habe.

Es gebe derzeit immer noch Gefahren. Keiner wisse, wie die Dinge sich im Irak entwickeln würden. Er hoffe, daß die Koalition weiterhin fest stehe. Von Außenminister Baker habe er gehört, daß jetzt im Sicherheitsrat überlegt werde, was mit den Raketen und den C-Waffen (des Irak) geschehen solle. Zur Zeit gebe es im Südirak noch Soldaten der Koalition, im Westen gebe es andererseits noch Raketenstellungen, von denen auch C-Waffen abgeschossen werden könnten. Er hoffe trotzdem, daß dieser Alptraum jetzt zu Ende gehe.

Jetzt sei viel die Rede von einer Koalition zwischen den sechs Staaten des Golf-Kooperationsrates sowie Ägypten und Syrien. Man dürfe aber nicht vergessen, daß die syrische Baath-Partei eine Schwesterpartei der Baath-Partei im Irak sei. Es dürfe also nicht dahin kommen, daß daraus eine Koalition Acht gegen Israel werde, sondern daß hieraus ein neues Verhältnis Acht plus Eins entstehe.

Israel habe große Sorge vor weiterem Wettrüsten. Dann werde die Hölle erneut ausbrechen. In diesen Tagen habe Syrien verbesserte SCUD-Raketen von Nordkorea erhalten. Auch der ideologische Traum Syriens habe sich nicht geändert. Er hoffe, daß jetzt die historische Chance für den Frieden genutzt werde. AM Baker habe gesagt, daß er den Eindruck gewonnen habe, daß auch in den arabischen Staaten eine positive Entwicklung in diese Richtung in Gang gekommen sei. Hieran müsse weiter hart gearbeitet werden. Wenn die Araber allerdings auf einer Ablehnung Israels bestünden, werde man in eine Sackgasse geraten.

Israel sei deshalb für ein zweigleisiges Vorgehen:

- Für Gespräche zwischen Israel und den arabischen Staaten und - für Gespräche zwischen Israel und den Palästinensern.

Die Regierung habe daher ihre Friedensinitiative von 1989 erneut bekräftigt. Es sei klar, daß die PLO ein Hindernis für den Frieden sei. Arafat habe sich für den Terror und Saddam Hussein entschieden. Sogar die Araber erklärten jetzt, Arafat könne kein Partner bei dieser Entwicklung sein. Dies sei beispielsweise in den Erklärungen sowohl Saudi-Arabiens, Ägyptens als auch der Golfstaaten deutlich geworden. Israel hoffe, daß die Einwohner von Judäa und Samaria ihre Vertreter wählen würden. Dann könne man mit diesen verhandeln. Diese Gelegenheit dürfe man jetzt nicht versäumen.

Dies sei die Lage aus seiner Sicht und er würde sich freuen, wenn man weiter in Kontakt bleibe.

Der Bundeskanzler erklärt, er habe großen Respekt für die Haltung die Israel angesichts der schweren Herausforderungen der jüngsten Zeit an den Tag gelegt

habe. Ohne diese Haltung wäre die Allianz nicht zusammengeblieben.

Die deutsche Position sei immer klar gewesen: Wir hätten an der Seite der Allianz gestanden. Dabei müsse man wissen, daß es hier erhebliche innenpolitische Verwerfungen gegeben habe. Der jetzige Zustand sei inakzeptabel, wonach wir als VN-Mitglied zwar die damit verbundenen Rechte, aber nicht die Pflichten wahrnehmen würden. Dies sei unseres Landes nicht würdig. Die Bundesregierung strebe daher eine Verfassungsänderung an - wobei man allerdings wissen müsse, daß die Verfassung in diesem Punkt seinerzeit durch die Alliierten beeinflußt worden sei. Wir wollten aber eine Änderung, weil wir ein volles Mitglied der Vereinten Nationen sein wollten, obschon mit einer Änderung innenpolitische Probleme verbunden seien.

Außenminister Levy wirft ein, er habe gestern den Bundeskanzler im Fernsehen erlebt und festgestellt, daß er sehr stark sei.

Der Bundeskanzler erklärt, in der Koalition gegen Saddam Hussein habe es auch Alliierte gegeben, die keine wirklichen Alliierten seien. Man hätte sich auch leicht eine andere Entwicklung vorstellen können.

Mit der Niederlage des Iraks sei ein Problem gelöst, andere Probleme seien überhaupt nicht gelöst. Es sei gut, daß das verbrecherische Regime Saddam Husseins jetzt geschlagen wurde, wobei er hoffe, daß Saddam Hussein auch wirklich verschwinde. Über diesen Punkt habe er heute mit Staatspräsident Mitterrand gesprochen. Es sei wichtig, daß deutlich werde, daß dies ein Krieg gegen das Regime Saddam Husseins und nicht gegen das irakische Volk gewesen sei. Es sei bedrückend, daß es in dieser Region, in der die drei Weltreligionen Judentum, Islam und Christentum ihren Ursprung hätten, keinen Frieden gebe. Er hoffe, daß Präsident Bush und Außenminister Baker mit ihrer Auffassung recht hätten, daß die Stunde günstig sei. Er werde seinerseits Präsident Bush ermutigen, jetzt zu handeln. Denn wenn die jetzige Chance verpaßt werde und keine dauerhafte Friedensordnung geschaffen würde, seien die Folgen unabsehbar.

Ohne eine verlässliche Sicherheitsordnung für die Region werde es auf Dauer auch keinen wirtschaftlichen Aufschwung geben und der soziale Sprengstoff in der Region werde explodieren. In der modernen Welt der Kommunikation könne Reichtum und Armut nicht so dicht nebeneinander koexistieren.

Saddam Hussein habe versucht, dies für sich zu nutzen. Er habe praktisch versucht, drei "Bomben" zu zünden: Die fundamentalistische, die anti-jüdische und die soziale.

Der soziale Sprengstoff sei nach wie vor vorhanden. Man brauche hierbei nur an Saudi-Arabien und Kuwait zu denken.

Er hoffe, wie gesagt, daß es jetzt gelinge, eine dauerhafte Friedensordnung zu errichten. Hierfür seien zwei Dinge existentiell

- das Lebensrecht Israels und
- die Lösung der Palästinenserfrage.

Daneben gebe es natürlich auch noch die Libanon-Frage. Er hoffe, daß man die Chance wahrnehme, um sich mit den gemäßigten arabischen Regierungen zu einigen. Man wisse nie, was danach komme. Seines Erachtens sei es jetzt kurz vor Zwölf.

Außenminister Levy erklärt, er stimme dem Bundeskanzler zu, denn wenn ein neues Wettrüsten einsetze, würden sich die Dinge nicht ändern. Er hoffe in der Tat, daß man in Richtung Frieden gehe. Kriege könne man verhindern, aber den Frieden nicht.

Der Bundeskanzler wirft ein, hoffentlich sei dies so.

Außenminister Levy erklärt, er wolle noch ein anderes Thema aufgreifen. Israel stehe vor der großen Aufgabe, die Einwanderungswelle aus der Sowjetunion verkraften zu müssen. Man müsse für die Zuwanderer Häuser und Schulen bauen sowie Arbeitsplätze schaffen. Die Bundesrepublik habe ähnliche Probleme nach der Vereinigung zu bewältigen. Wichtig sei, daß diese Menschen eine Zukunft hätten. Israel sei gezwungen, erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um die erforderlichen Mittel aufzutreiben. Gleichzeitig sei Israel aber in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Lage.

Schon in den 50er Jahren habe man ähnliche Probleme gehabt, wenn auch nicht im

gleichen Umfang. Damals habe Deutschland Israel zur Seite gestanden und man habe mit deutscher Hilfe vieles schaffen können. Es sei dank deutscher Unterstützung gelungen, aus Israel die einzige Demokratie der Region zu machen. Er hoffe daher auch jetzt auf Hilfe aus Deutschland. Der anwesende Staatssekretär der Finanzen, Herr Singer, könne hierzu nähere Ausführungen machen.

Staatssekretär Singer erklärt daraufhin folgendes:

- Innerhalb von vier Jahren müßten ca. eine Million Menschen in Israel eingegliedert werden; das bedeute einen Zuwachs der Bevölkerung um 25 %. Es erfordere zugleich die Schaffung von 400.000 bis 500.000 neuen Arbeitsplätzen (33 % mehr als bisher).

- Israel benötige hierfür einen Import von Kapital in großem Umfang.

- Gleichzeitig müsse man erhöhte Anstrengungen bei den israelischen Ausfuhren machen; diese müßten zweimal so stark wachsen wie der Durchschnitt der Ausfuhren der übrigen Länder.

- Auch wenn dies gelinge, bliebe noch ein erhebliches Zahlungsbilanzdefizit, das man teilweise durch "traditionelle Quellen" decken wolle.

- Selbst wenn dies alles gelinge, bliebe aber immer noch ein Defizit in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar, für das keine Deckung bestehe.

- In den 50er und 60er Jahren habe Israel von Deutschland eine erhebliche finanzielle Unterstützung erhalten, die dazu beitrug, daß die damaligen Einwanderer eingegliedert werden konnten.

- Israel gebe mehr an Entschädigung für israelische Invaliden, die zugleich NS-Verfolgte waren, als ursprünglich vorgesehen gewesen sei.

- Man hoffe, daß Deutschland wie in der Vergangenheit Israel bei der Überwindung seiner Zahlungsprobleme unterstütze.

- Israel benötige ein Hilfspaket in Höhe von 10 Milliarden DM innerhalb von fünf Jahren, das bedeute zwei Milliarden DM pro Jahr, davon die Hälfte direkt, die andere Hälfte als verbilligter Kredit gewährt werden.

- Israel bitte jetzt um eine grundsätzliche Entscheidung der Bundesregierung, die dann anschließend von Finanzexperten in den Einzelheiten ausgearbeitet werden könne.

Der Bundeskanzler stellt hierzu folgendes fest:

- Zunächst bitte er darum, diese Frage nicht mit den Wiedergutmachungsleistungen in Verbindung zu bringen (bisher 86 Milliarden DM).

- Wir seien ein beachtliches finanzielles Engagement gegenüber Mittel-, Ost- und Südosteuropa, insbesondere auch gegenüber der Sowjetunion eingegangen, was positive politische Folgen auch im Nahen Osten gehabt habe.

- Wir müßten darauf achten, daß kein Präzedenzfall entstehe; Hinweis auf arabische Begehrlichkeiten im Anschluß an die deutschen Hilfsleistungen im Zusammenhang mit dem Golfkrieg (Gesamtsumme der Zusagen von 1,494 Milliarden DM).

- Wir seien bereit zu überlegen, wie wir helfen könnten, wobei wir uns bewußt auf die Zukunft orientieren sollten.

- Die von israelischer Seite erwähnte Summe habe eine gewaltige Dimension, die so nicht realistisch sei.

- Gespräch solle in etwa vier Wochen auf Ebene der Finanzfachleute fortgesetzt werden; entsprechender Termin solle über Botschafter Navon vereinbart werden.

Der Bundeskanzler weist in diesem Zusammenhang ferner darauf hin, daß es für Israel wichtig sein werde, seine Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft zu entwickeln. Dies sei auch deswegen klug, weil die EG immer mehr zusammenwachse. Der Bundeskanzler erwähnt die beiden Regierungskonferenzen über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion.

Gleichzeitig sei es auch für Europa gut, eng mit Israel zusammenzuarbeiten.

Deutschland sei zwar nicht der "Nabel der Welt" aber innerhalb der Gemeinschaft das größte Land. Man brauche also eine gemeinsame Zukunftsperspektive. Im übrigen sei er zuversichtlich. Israel habe zwar im Augenblick große Probleme, aber in zehn Jahre werde Israel anders aussehen.

Außenminister Levy erklärt abschließend, er wolle noch zwei Dinge klar sagen:

- Deutschland habe entscheidend geholfen, die Grundlagen dessen zu schaffen, was heute Israel sei.

- Jetzt gehe es darum, das Dach zu sichern, damit das Gebäude erhalten bleibe.

Der Bundeskanzler erklärt, ihm sei die Lage klar. Wir hätten seit Jahren einen großen Zustrom von Deutschen aus der Sowjetunion. Dort lebten fast zwei Millionen Deutsche, die mit großer Skepsis die Entwicklung in der Sowjetunion verfolgten und die nach wie vor hofften, daß sich die Dinge ändern würden. Wenn sie sich aber nicht änderten, müsse man die Frage stellen, was dann werde.

Außenminister Levy erklärt, er wolle noch ein Wort zu den sowjetischen Juden sagen, die nach Deutschland kämen und sich als Flüchtlinge bezeichneten. Es gäbe keine echte Flüchtlingsfrage, denn es gebe ja heute Israel.

Der Bundeskanzler erklärt, man sei sich in der Sache einig. Er habe zwar nichts dagegen, wenn bei uns die jüdischen Gemeinden wieder entstehen würden - was auch für die kulturelle Entwicklung in Deutschland gut sei - aber natürlich habe es keinen Sinn, künstlich Gemeinden aufzubauen. Botschafter Navon wirft ein, man habe auch bei dem Bundesminister des Innern in dieser Frage sehr viel Verständnis gefunden.

(Dr. Hartmann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59744, 161-167.

Head of Department 2

Bonn, 18 March 1991

M e m o r a n d u m

Subject: The Chancellor's Meeting with Israel's Foreign Minister Levy on Thursday, 14 March 1991, 13.15 until 14.15 hours[1]

The Chancellor cordially welcomes Foreign Minister Levy.

Foreign Minister Levy expresses his thanks for the opportunity to have this meeting. Moreover, he conveyed the gratitude of Israel's government and its people for Germany's firm support during terrible hours in the Gulf War. This had been a bright spot during a difficult time. Israel had been in a paradox situation. On the one hand, missiles had been fired and directed at Israel, on the other hand, one had decided not to counter the attacks as this could have had disastrous consequences for Israel. Israel's soldiers had not been deployed in the battlefield but had remained in their rooms wearing gasmasks. But one had to act in this way in order to avoid getting caught in Saddam Hussein's trap. Israel's approach had contributed to the allied victory over Iraq. If Israel had not done it, the world would be looking differently. Israel had also wanted to show that this was not a fight against the Arab world, but just against Saddam Hussein.

There were still dangers. Nobody knew how things in Iraq would evolve. His hope was that the coalition would remain in cohesion. Secretary of State Baker had told him about plans in the Security Council with regards to the missiles and C-weapons of Iraq. Currently, there were still coalition soldiers in Southern Iraq. In the West, there were still missiles sites which could be used for the launch of C-weapons. His hope was that this nightmare was coming to a close.

There was a lot of talk on the emergence of a coalition between the six states of the Gulf Cooperation Council and Egypt, as well as Syria. However, one must not forget that the Syrian Baath Party was a sister party of Iraq's Baath Party. Things must not lead to the emergence of a coalition of eight against Israel, it should rather be a new kind of relationship of eight plus one.

Israel had great worries about a potential arms race. This would raise hell again. Most recently, Syria had obtained modernized SCUD-missiles from North Korea. Syria's ideological dream had also not changed. His hope was that one would be able to use this historical chance for peace. Secretary of State Baker had told him about the emergence of positive approaches in the Arab states. We had to work hard on this. If the Arabs insisted on Israel's rejection, however, this would lead to a deadlock. Israel was in favor of a two-track approach and of talks between Israel and the Arab states, as well as between Israel and the Palestinians.

The government had reaffirmed its 1989 peace initiative. It was clear that the PLO was an obstacle for peace. Arafat had opted in favor of terror and Saddam Hussein. Even the Arabs declared that Arafat could no longer be a partner in the process. This was obvious in the declarations of Saudi-Arabia, Egypt, and the Gulf countries, for instance. Israel's hope was that the representatives of Judea and Samaria would elect their deputies. One could then negotiate with them. One must not miss this opportunity. This was the situation from his perspective. He would be glad to be in touch with us.

The Chancellor says he had great respect for Israel's position against the backdrop of recent challenges. The coalition would not have stayed together without Israel's approach. Germany's position had always been clear. We had stood firm at the coalition's side. One had to take into account our domestic upheavals in this respect. The current state of affairs was unacceptable: As UN members, we had certain right, but we also had live up to our commitments. This was unworthy for our country. The federal government was determined to change the constitution, albeit that one had to take into account that the constitution had been shaped by the allies back at the time. However, we wanted changes because we aspired to be full members of the United Nations, despite the emergence of domestic problems related to our plans.

Foreign Minister Levy interjects that he had seen the Chancellor live on television yesterday and he was very strong.

The Chancellor says the coalition against Saddam had also included allies who had not been true allies. One could have imagined an easier constellation.

Iraq's surrender had brought the solution of one problem, but other problems had not been resolved at all. It was good that Saddam Hussein's criminal regime had been defeated. He very much hoped that Saddam Hussein would indeed vanish. He had discussed this issue with President Mitterrand earlier today. It was important to emphasize that the war was directed at Saddam Hussein's regime and not against Iraq's populace. It was gloomy not to have peace in the region which was the origin of the three world religions of Judaism, Islam and Christianity. His hope was that President Bush and Secretary of State Baker were right in their assessment of current opportunities. He would encourage President Bush to act now. If one failed to use the current chances for the establishment of a peace order, the consequences would be unpredictable.

Without a reliable security order for the region, there would be no permanent economic upturn and the region's social unrest would explode. Wealth and poverty could not coexist peacefully in close proximity in a world of modern communication. Saddam Hussein had tried to exploit this. He had tried to launch three "bombs,": The fundamentalist one, the anti-Jewish one, and the social one. The social dynamic was still there. One just had to keep in mind Saudi-Arabia and Kuwait. He hoped there was a chance for the successful establishment of a sustainable peace order. Two things would be essential in this: Israel's right to life and the solution of the Palestinian question. In addition, there was the Lebanese question. He hoped that one would take the chance for an arrangement with the moderate Arab governments. One never knew what would come next. It was shortly before twelve.

Foreign Minister Levy says he agrees with the Chancellor. A new arms race would not change things. His hope was that one would go toward peace. One could prevent wars, but not peace.

The Chancellor interjects that this was, hopefully, the case.

Foreign Minister Levy says he wanted to take up another issue. Israel faced the enormous task to absorb the immigration wave from the Soviet Union. One had to construct houses and schools for the immigrants and had to provide jobs as well. The Federal Republic had to handle similar problems after unification. It was important to provide these people with a perspective. Israel was forced to pursue bold efforts to gather the funds necessary. At the same time, Israel was in a very difficult economic situation.

Back in the 1950s, one had had similar problems, albeit not to the same extent. Back then, Germany had stood at Israel's side and one achieved a lot using German assistance. Thanks to Germany's help, one had managed to turn Israel into the sole democracy of the region. Thus, he hoped for assistance from Germany in the current situation as well. Undersecretary of State for Finance Singer could elaborate further on this.

Undersecretary of State Singer said the following:

- About one million people had to be integrated in Israel within the next four years. This was tantamount to an increase in populace of 25 %. This necessitated the creation of 400,000 to 500,000 new jobs (an increase of 33 %).
- Israel needed an import of capital in large proportions.
- At the same time, one had to pursue more effort in terms of Israeli exports; these had to grow twice as fast as the average exports of other countries.
- Even if we succeeded, there would still remain a considerable balance of payments deficit, which one would try, in part, to cover using "traditional sources."
- Even if all of this was successful, there would still be a deficit of 20 billion U.S. dollars for which there was no coverage.
- Back in the 50s and 60s, Israel had received considerable financial assistance from Germany, contributing to the successful integration of the immigrants back then.
- At the same time, Israel had given more in compensation to Israeli invalids who had been NS-victims than had been initially envisaged.
- One was hoping that Germany would help Israel to overcome its payment problems such as it had done in the past.

- Israel needed an assistance package amounting to 10 billion DM within the next five years. This meant two billion DM annually – half of it directly, the other half as subsidized credits.

- Israel asked the federal government for a principal decision which would then be worked out in detail by the finance experts.

The Chancellor say the following:

- First of all, his plea was not to link this question with the issue of compensation payments (86 billion DM so far).

- We had launched a considerable financial engagement toward the countries of Central and Eastern and Southern Europe, particularly toward the Soviet Union, which had also paid political dividends in the Near East.

- We had to be careful not to create a legal precedent. Reference to Arab desires following German assistance in the context of the Gulf war (overall amount of commitments worth 1,494 billion DM).

- We were thinking about the best ways to help. It was important to focus on the future.

- The Israeli side had mentioned a sum of tremendous proportions. This was not realistic.

- The finance experts ought to continue the conversation in about four weeks. The date ought to be specified in contacts with Ambassador Navon.

The Chancellor points out that it was important for Israel to expand its relationship toward the European Community. Among other reasons, this was wise because the EC was increasingly growing together. The Chancellor refers to the two intergovernmental conferences on the political union and the economic and monetary union.

At the same time, it was also good for Europe to cooperate with Israel. Albeit that Germany was not the hub of the world, it was the largest country in the Community. One needed a joint perspective for the future. Apart from this, he was optimistic. Currently, Israel had enormous problems, but Israel would look differently in ten years.

Foreign Minister Levy says he wanted emphasize two things: Germany had made a decisive contribution to the foundations of what Israel was today. Now, it was about securing the roof in order to maintain the building.

The Chancellor says he completely understood the situation. We had a large flow of immigrants from the Soviet Union for several years. There were almost two million Germans living in the Soviet Union who had witnessed the situation in the country with great skepticism, hoping that things would change for the better. But if things did not change, one had to ask the question of what we had to do next.

Foreign Minister Levy notes he wanted to say a word on the Soviet Jews coming to Germany labelling themselves as refugees. There was no real refugee issue because there was Israel.

The Chancellor says that we agreed on the matter. He did not oppose the formation of new Jewish communities – this also helped Germany's cultural development. But it did not make sense to build them up artificially. Ambassador Navon interjects that the Federal Minister of the Interior had also shown understanding with regards to this question.

[handwritten signature]

(Dr. Hartmann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59744, 161-167.